



26. September 2021

JA ZUR EHE FÜR ALLE!

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
196 · Ausgabe SO · September 2021



Erfolg für die SP – Lohnungleichheit in der kantonalen Verwaltung

DER KANTON SOLOTHURN SETZT ENDLICH EIN ZEICHEN FÜR DIE LOHNGLEICHHEIT ZWISCHEN FRAU UND MANN. AUF ANTRAG DER FRAKTION SP/JUNGE SP HAT DER REGIERUNGSRAT BESCHLOSSEN, DIE CHARTA DER LOHNGLEICHHEIT IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR ZU UNTERSCHREIBEN.



Nadine Vögeli,
Co-Parteipräsidentin
SP Kanton Solothurn

Seit mehr als 36 Jahren ist die Lohnungleichheit von Frau und Mann in der Bundesverfassung festgeschrieben. Trotz all der Jahre, die seither vergangen sind, wartet die Bestimmung weiterhin auf ihre Umsetzung. Auch bei Bund, Kantonen und Gemeinden betrug der nicht erklärbare Teil des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen 2017 immer noch rund 7%. Diese Situation ist inakzeptabel. Bund, Kanton und Gemeinden müssen deshalb mit gutem Beispiel vorangehen.

Mit einem Auftrag der Fraktion SP/Junge SP wurde der Regierungsrat im Jahr 2018 aufgefordert, die Unterzeichnung der «Charta der Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor» in Abwägung der zu erwartenden Kosten zu prüfen. Diese Überprüfung ist nun nach 3 Jahren (!) erfolgt: Die Kosten und der Aufwand können weitestgehend abgeschätzt werden. Aus Sicht des Regierungsrates sind diese in Bezug auf die Bedeutung und den Nutzen des Anliegens durchaus vertretbar. Konsequenterweise hat der Regierungsrat die «Charta der Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor» unterzeichnet. Mit diesem Entscheid schliesst sich der Arbeitgeber Kanton Solothurn dem Bund, anderen Kantonen und Gemeinden – darunter die Städte Solothurn, Grenchen und Olten – an, welche sich bereits für die Schliessung der Lohnlücke zwischen Frauen und Männern engagieren.

Damit setzt der Kanton in seinem Einflussbereich den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit um. Teil der Umsetzung ist die regelmässige Überprüfung der Lohnungleichheit nach anerkannten Standards. Zudem wird die Lohnungleichheit ebenfalls zu einem Kriterium im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens.

Mit der Unterzeichnung der Charta sendet der Kanton Solothurn auch ein starkes Zeichen in Richtung der Privatwirtschaft, bei der Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes aktiv mitzuziehen.

«Mit diesem Schritt wird endlich auch eine der Forderungen des Frauenstreiks 2019 erfüllt.»

ZUSAMMENFASSUNG DER KANTONSRATSSSESSION VOM JUNI 2021

SP fordert: fortschrittlichere Energiepolitik, kein Sparpaket



Simon Bürki-Kopp,
Kantonsrat SP, Biberist

SP-Auftrag: Energieausweis für Gebäude prüfen

Der Kanton Solothurn hat landesweit die höchsten CO₂-Emissionen aus dem Gebäudebereich! Die SP/junge SP forderte daher mit einem Auftrag, dass der Regierungsrat prüft, wann der Energieausweis für Gebäude obligatorisch sein soll. Auch die Regierung wollte dies prüfen. Doch eine knappe bürgerliche Mehrheit (v. a. SVP und FDP) lehnte es leider ab.

SP-Fraktionspräsident **Markus Ammann** (Olten) stellte ernüchtert fest: «Nicht einmal kleine, pragmatische Lösungen für den Klimaschutz sind möglich. Diese Haltung zeugt von wenig Einsicht in die Notwendigkeit zur Bekämpfung der Klimakatastrophe.» So ist es auch wenig erstaunlich, dass der Kanton Solothurn bei der Bekämpfung des Klimawandels eine unruhmlische Rolle einnimmt: «Für die Erarbeitung einer neuen Energiestrategie ist eine solche Verhinderungshaltung nicht zielführend», sagte SP Kantonsrat **Matthias Anderegg** (Solothurn).

Ja zum Konzept für einen umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr

Der Kanton Solothurn soll sich finanziell an der Umstellung der Busflotten auf schadstoffarme Antriebe beteiligen. Der Kantonsrat hat das Konzept zur Förderung der «De-karbonisierung» des öffentlichen Verkehrs positiv aufgenommen.

«Die Verwaltung hat einmal mehr sehr kostenbewusst gearbeitet, der Kanton hat die Finanzen im Griff.»

SP-Auftrag: Gemeinden sollen Kitas künftig mitfinanzieren

Die SP hatte mit ihrem Auftrag (von alt Kantonsrätin Anna Rüefli, Solothurn) Erfolg. Der Kantonsrat beschloss, dass die Gemeinden die Kinderbetreuungsangebote künftig mitfinanzieren sollen. Für SP-Kantonsrätin **Lu-zia Stocker** (Olten) war klar: Ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten ist unverzichtbar für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, aber auch im Kampf gegen Fachkräftemangel und Familienarmut. Damit wird auch die Chancengleichheit gestärkt. Von einem im ganzen Kanton gut aufgestellten Betreuungsangebot profitieren Kinder, Eltern und die Gemeinden.

SP dankt Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement während der Pandemie

Es war eine enorm grosse Herausforderung für den Kanton, auf die Corona-Entwicklungen zu reagieren und auch vorausschauend zu handeln. Besonders herausfordernd ist und war die Situation für die zuständige SP-Regierungsrätin **Susanne Schaffner** und ihr Departement des Innern mit Sozial-, Gesundheits- und Polizeidirektion. An dieser Stelle herzlichen Dank an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung und in der stationären und ambulanten Pflege!

SP fordert endlich bessere Arbeitsbedingungen

Das Gesundheitspersonal wartet seit Jahren darauf, dass sich seine Situation verbessert und seine Anliegen endlich ernst genommen werden. Für SP-Kantonsrat **Hardy Jäggi** (Rechterswil) ist daher klar: «Wir müssen aufhören mit dieser «Pflasterlipolitik» im Gesundheitswesen. Die Löhne sind zu tief und zu viele Menschen steigen wegen schlechten Arbeitsbedingungen aus! Die Gesundheitsberufe brauchen jetzt bessere Arbeitsbedingungen! Der Spardruck im Gesundheitswesen muss aufhören und der Einsatz für unsere Bevölkerung muss viel mehr Wertschätzung erfahren!»

Mutig in die Zukunft – jetzt erst recht.

Sparpaket ist keines nötig, eine Erhöhung der Prämienverbilligung aber sehr wohl

Die Staatsrechnung 2020 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 59 Mio. Franken ab. Insbesondere angesichts der Mehraufwendungen im Zusammenhang mit der Coronapandemie ist dies für SP-Kantonsrat **Simon Bürki** (Biberist) ein sehr gutes Ergebnis: «Die Verwaltung hat einmal mehr sehr kostenbewusst gearbeitet, der Kanton hat die Finanzen im Griff, von einem strukturellen Defizit, wie es von der Gegenseite immer behauptet wird, kann keine Rede sein.»

Daher braucht es kein Sparpaket, wie es ein Auftrag aus den Reihen von FDP und SVP verlangt. Es war ein Versprechen bei der Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform, dass kein Sparpaket nötig sein wird. Im Gegenteil: Die SP/junge SP fordert schon seit Jahren, dass endlich die Mittel für die Prämienverbilligung auf 100 Prozent des Bundesbeitrags erhöht werden.

Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein starker Staat gerade in Krisensituationen ist. Ein leistungsfähiger Staat ist auch deshalb von so grosser Bedeutung, weil neben der Pandemiebekämpfung die Bewältigung vieler struktureller Herausforderungen ansteht: Klimawandel, Alterung der Gesellschaften, Digitalisierung, Armut.

Am 26. September



DIE STIMMBEVÖLKERUNG DES KANTONS SOLOTHURN BEFINDET AM 26. SEPTEMBER 2021 ÜBER EINE INITIATIVE DER JUNGEN SP REGION OLTEN, DIE EIN FAKULTATIVES STIMM- UND WAHLRECHT FÜR NIEDERGELASSENE AUF GEMEINDEEBENE FORDERT. ES IST AN DER ZEIT, ENDLICH MEHR MENSCHEN IN DEN POLITISCHEN PROZESS MITEINZUBEZIEHEN.

Nein zur Umfahrung Klus/Nein zur Verkehrsanbindung Thal



Nicole Wyss,
Kantonrätin SP Thal-Gäu

NEIN zu 81 Millionen Franken für 4,5 Minuten Zeitersparnis!

Die Umfahrung Klus reduziert die Fahrzeit im Feierabendverkehr zwischen Oensingen und Balsthal um lediglich viereinhalb Minuten. Doch genau dafür soll nun ein bis zu 81 Millionen Franken teures Strassenprojekt mit Tunnel und Viadukt gebaut werden. Dabei sind die teuren Unterhaltsarbeiten in der Höhe von jährlich mehr als einer Million Franken (Viadukt, Tunnel, Felssicherung usw.) noch gar nicht eingerechnet.

Probleme lösen statt verschieben

Der stockende Pendlerverkehr wird auch mit der Umfahrung nicht verschwinden, da genau wie heute alle Autos weiterhin in den Kreisel (Thalbrücke) hineingelenkt werden. Gleichzeitig wird der Ortsteil Klus nicht wirklich entlastet. Auch mit der Umfahrung wird dieser weiterhin von zirka 5000 Fahrzeugen durchquert. Zudem zerschneidet die neue Strasse ein bestehendes Wohnquartier. Die dort lebenden Men-

schen werden künftig massiv mit zusätzlichem Lärm und Abgasen belastet.

Referendum breit abgestützt von links bis rechts

Die Umfahrung Klus wird von einer breiten Koalition aus der Mitte der Gesellschaft abgelehnt. Gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger haben sich zusammen mit Politikerinnen und Politikern von der SP bis zur SVP im «Thaler Komitee NEIN zur 81-Millionen-Luxusstrasse» zusammengefunden. Gemeinsam setzen sie sich für günstigere und bessere Lösungen ein. Der Widerstand aus



dem Thal ist gross: Die Mehrheit der für das Referendum benötigten 1500 Unterschriften stammt aus dem Thal.

Nein zu noch mehr LKW-Transitverkehr durchs Thal

Das Thal bietet mit dem Naturpark eine hervorragende Wohnlage und ist eine attraktive Region für Erholung und sanften Tourismus. Jede Kapazitätserweiterung Richtung Autobahn wird wie ein Magnet mehr Transitverkehr anziehen. Das führt zu einer zusätzlichen Belastung für die Thaler Dörfer. Der Schulweg über die Hauptstrasse wird noch gefährlicher und es ist mit mehr Lärm, schlechterer Luft und generell weniger Lebensqualität zu rechnen.

Nein zur fehlenden Nachhaltigkeit

Die Arbeitszeiten und die Mobilität werden sich in Zukunft stark und rasch wandeln. Dieser Effekt zeigt sich bereits heute. In den letzten fünf Jahren hat der Verkehr durch die Klus abgenommen. Ein teures Infrastrukturprojekt, das auf ein- bis zwei stündige Pendler Spitzen ausgerichtet ist, steht heute buchstäblich quer in der Landschaft. Wer vernünftige Politik betreiben will, muss kompromissfähig bleiben. Bevor man bis zu 81 Steuermillionen für ein solches Monsterprojekt ausgibt, sollte man die zahlreichen vorliegenden Verbesserungsvorschläge umsetzen.

www.verkehrsanbindungthal.ch

2021 heisst es: JA zu mehr Demokratie in den Gemeinden!

Ist es demokratisch, wenn Menschen, die langfristig von politischen Entscheiden betroffen sind, nicht an deren Ausgestaltung mitwirken dürfen?

Vor 50 Jahren erkämpften sich die Frauen in der Schweiz das Stimm- und Wahlrecht, das ihnen so lange Zeit verwehrt worden war. Unsere Demokratie verdiente endlich ihren Namen – doch noch immer werden ganze Bevölkerungsgruppen von politischen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen, obschon sie das politische System hinreichend kennen. Wir finden: Wahre Demokratie macht nicht Halt vor der Farbe des Passes.

Wir – die Junge SP Region Olten – fordern in einem ersten Schritt die Möglichkeit für die Gemeinden, in kommunalen Angelegen-

heiten die politischen Rechte auf Niedergelassene ausweiten zu können. Die Initiative berücksichtigt, dass Entscheide möglichst nah an der Wohnbevölkerung fallen sollen – zu einem gewichtigen Teil in den Gemeinden, den Keimzellen unserer Demokratie. Die Gemeinden könnten also Menschen, die schon lange hier leben oder gar hier geboren worden sind, hier arbeiten und Steuern bezahlen, endlich eine Stimme geben.

Unserer Meinung nach stärkt es die Demokratie, wenn mehr Menschen mitbestimmen dürfen: Die politische Ungleichheit würde vermindert und die demokratische Legitimation kommunaler Entscheide erhöht. Gerade in den Gemeinden stärken Partizipationsmöglichkeiten das Zugehörig-

keitsgefühl und tragen viel zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Wir verstehen unser Engagement auch als einen Beitrag zu einer breiteren Debatte über Situation und Zukunft unserer Demokratie. Die Annahme der Initiative wäre eine Annäherung an die liberale Idee, dass alle Menschen, die sich für längere Zeit im Staatsgebiet aufhalten, das gleiche Recht auf politische Mitbestimmung haben sollen. Wo, wenn nicht in den Gemeinden, kann der Grundstein dafür gelegt werden?

www.mitsprache-so.ch

Melina Aletti, Co-Präsidentin Junge SP Region Olten
Lukas Frey, GL Junge SP Region Olten

Neues Format am kantonalen SP-Parteitag in Olten

Die Geschäftsleitung der SP hat am letzten Parteitag ein neues Format eingeführt. Nach der Eröffnungsrede von Co-Präsident Hardy Jäggi gab es erstmals einen Politmarkt mit Verpflegung und Getränken. An diesen Politmarkt sollen jeweils verschiedene Gruppierungen und Komitees eingeladen werden, damit sie den SP-Mitgliedern ihre Anliegen

vorstellen und Informationsmaterial verteilen können. Dieses Format soll zu Diskussionen unter den Parteimitgliedern anregen, aber auch den Zusammenhalt innerhalb der Partei stärken.

Am ersten Politmarkt der SP Kanton Solothurn waren folgende Gruppierungen vertreten: «Thaler Komitee NEIN zur über-

rissenen 81-Millionen Luxusstrasse»; Willi-Ritschard-Bildungswerkstatt; Komitee «Ehe für Alle»; JUSO, 99%-Initiative; Junge SP Region Olten, Volksinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie»; «Vertreter:innen der Pflegeinitiative».

Über Rückmeldungen zum neuen Format würden wir uns sehr freuen.



Vergewaltigungsmythen

In den vergangenen Wochen sind in den Medien verschiedene Artikel zum Urteil im Vergewaltigungsfall von vor eineinhalb Jahren in Basel erschienen. Zu reden und schreiben gab nicht in erster Linie, dass die zweite Instanz das Strafmass reduzierte, sondern die Begründung, weshalb das Gremium so entschieden hatte. Die Frau, die nach dem Ausgang im Hauseingang ihres Wohnhauses vergewaltigt wurde, habe «mit dem Feuer gespielt», da sie zuvor mit einem anderen Mann intim geworden sei. Zudem habe die Vergewaltigung nur 11 Minuten gedauert, und das Trauma sei offenbar nicht so gross, da sich das Opfer nicht in Therapie befinde. Nur zur Erinnerung: Wir befinden uns im Jahr 2021. Und noch immer halten sich uralte Vergewaltigungsmythen in der Gesellschaft. Viel schlimmer ist aber, dass sogar ein Richter:innengremium sich diesen Mythen nicht entziehen kann oder will und mit dieser Begründung des Urteils das Ganze noch zementiert.

Es ist also offenbar in vielen Köpfen nach wie vor so, dass es die Opfer selbst in der Hand haben, ob sie vergewaltigt werden oder nicht. Wir werden die Dunkelziffer bei sexuellen Gewaltverbrechen nie reduzieren können, wenn die Opfer immer noch damit rechnen müssen, dass ihnen die Schuld an der Gewalttat zugeschoben wird.

Völlig daneben ist auch, dass die Richter:innen offenbar wissen, wie man sich als Opfer nach einer Gewalttat zu verhalten hat. Aus der Tatsache, dass sich ein Opfer nicht in Therapie befindet, wird abgeleitet, dass es offenbar nicht so schlimm war. Es hat ja auch «nur 11 Minuten gedauert». Als ob die Länge eines Erlebnisses zwingend mit dem Grad des Traumas zusammenhängen würde. Aus meiner Sicht sind die Begründungen im höchsten Mass unprofessionell und dürften so nie von einem Richter:innengremium genannt werden. Das Gan-

MEIN STANDPUNKT

Nadine Vögeli,
Co-Parteipräsidentin
SP Kanton Solothurn

ze im Nachhinein als «missglückte Kommunikation» schönreden zu wollen, macht die Sache nicht besser. Vergewaltigungsmythen halten sich in der Gesellschaft hartnäckig. Wenn sich aber nicht mal Richter:innen kritisch damit auseinandersetzen, kommen wir bei diesen Themen nie weiter.

